



Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses

13. Sitzung (öffentlich)

12. September 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:00 Uhr bis 15:00 Uhr

Vorsitz: Carolin Kirsch (SPD)

Protokoll: Referat III.1

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|--|----------|
| | Vor Eintritt in die Tagesordnung | 3 |
| 1 | Landesregierung muss hohe Überstundenberge rechtssicher vor Verfall schützen – Mehrarbeit wertschätzen und bei Bedarf in Langzeitkonten überführen | 4 |
| | Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4132

Ausschussprotokoll 18/289 | |
| 2 | Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung des Pensionsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen (Pensionsfondsgesetz Nordrhein-Westfalen – PFoG) sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften | 5 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5467 | |

- 3 Gesetz zur Ausführung des Gesetzes für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen (Hinweisgeberschutzgesetz – HinSchuG) und zur ergänzenden Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden sowie zur Änderung des Landesbeamtengesetzes** 6
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5468
- 4 Geplantes Landesamt für Gesundheit und Arbeitsschutz** 7
- wird heute nicht behandelt
- 5 Nachfrage zu Vorlage 18/1411** 8
- Vorlage 18/1592
- 6 Modernisierungsoffensive Öffentlicher Dienst** 9
- Vorlage 18/1586
- 7 Einstellungszusagen für 2023 für den Vorbereitungsdienst verschiedener Beamtenlaufbahnen sowie für Ausbildungsberufe nach dem Berufsbildungsgesetz** 10
- Vorlage 18/1587
- wird heute nicht behandelt
- 8 Mehrere Fälle der Diffamierung von Sicherheitsbehörden durch Dozenten der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen (HSPV) – Auswirkungen der aktuellen Vorkommnisse auf die Fortbesetzung der vergüteten Zusammenarbeit** 11
- Vorlage 18/1570
- 9 Verschiedenes** 12

3 Gesetz zur Ausführung des Gesetzes für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen (Hinweisgeberschutzgesetz – HinSchuG) und zur ergänzenden Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden sowie zur Änderung des Landesbeamtengesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5468

Der Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache 18/5468) wurde vom Plenum am 23.08.2023 zur federführenden Beratung an den Rechtsausschuss sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss, an den Haushalts- und Finanzausschuss (HFA), an den Unterausschuss Personal sowie an den Hauptausschuss überwiesen.

Der mitberatende Unterausschuss hat sich für eine nachrichtliche Beteiligung ausgesprochen, falls der federführende Rechtsausschuss eine Präsenzhörung beschließen sollte.

